

Vorlage Nr.: 2024/0621

Verantwortlich: **Dez. 5**

Dienststelle: **KEK**

PV-Freiflächenanlage mit Bürgerenergiegenossenschaft realisieren

Antrag: CDU

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	16.07.2024	23	Ö	Kenntnisnahme
Ausschuss für Umwelt und Gesundheit	15.10.2024	6	Ö	Beratung
Gemeinderat	19.11.2024	20	Ö	Entscheidung

Kurzfassung

Zu 1.

Das Gebiet „Untere Kohlplatte“ ist für den Bau eine Freiflächen-PV-Anlage seit einigen Jahren ein favorisierter Standort. Die Eigentumssituation hat bisher die Umsetzung einer PV-Anlage verhindert. Eine Bürgerinformationsveranstaltung ist im Frühjahr 2025 nach erneuter Abfrage der Eigentümer*innen durch die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) geplant.

Zu 2.

Mit der BEnKA gibt es bereits eine Bürgerenergiegenossenschaft (BEG), die dieses Projekt begleiten könnte. Eine Zusammenarbeit wird auch seitens der Stadtwerke unterstützt. Die Wettersbacher Bürger*innen können sich in der bestehenden Karlsruher BEG einbringen. Die Gründung einer neuen Bürgerenergiegenossenschaft wird nicht empfohlen.

Zu 3.

Das Projekt wird seitens der Stadtverwaltung begleitet und unterstützt. Eine Information der Gremien erfolgt im Rahmen der regulären Abläufe.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	positiv <input checked="" type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit KEK, SWK	

Erläuterungen

1. Die Stadtverwaltung initiiert eine Bürgerinformationsveranstaltung in den Karlsruher Höhenstadtteilen und stellt hierbei das große PV-Freiflächenpotential des Gebiets „Untere Kohlplatte“ vor – insbesondere auch vor dem Hintergrund der novellierten Gesetzgebung bezüglich Photovoltaikanlagen entlang von Autobahnen. Außerdem soll hierbei über die Möglichkeiten zur Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft für die Höhenstadtteile informiert werden.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der „Unteren Kohlplatte“ entlang der A8 bei Grünwettersbach und Palmbach ist für eine PV-Freiflächenanlage sehr gut geeignet. Ein Großteil der Fläche befindet sich im 200 m Korridor entlang der Autobahn und ist daher baurechtlich privilegiert. Dies bedeutet, dass kein Bebauungsplan erstellt werden muss. Es ist lediglich ein Genehmigungsverfahren erforderlich. Allerdings gehören die Grundstücke einer Vielzahl privater Eigentümer*innen. Diese wurden 2022 bereits von den Stadtwerken Karlsruhe angeschrieben. Nur rund ein Drittel der Eigentümer*innen hatte Interesse an einer Verpachtung der Grundstücke zum Bau einer PV-Freiflächenanlage, ein Drittel war noch unentschieden und ein weiteres Drittel hatte kein Interesse an einer Verpachtung und lehnte die Errichtung einer PV-Anlage ab. Dadurch ergibt sich derzeit die Situation, dass keine zusammenhängende größere Fläche für eine PV-Anlage zur Verfügung steht.

Bevor eine Bürgerinformationsveranstaltung unter Federführung der Stadtverwaltung zu diesem Thema sinnvoll durchgeführt werden kann, müssen zunächst die Eigentümer*innen erneut kontaktiert werden, um eine Bereitschaft zur Verpachtung zu klären. Diese Abfrage und die begleitenden persönlichen Gespräche werden von der KEK bereits vorbereitet und die Ergebnisse werden voraussichtlich im Frühjahr 2025 vorliegen. Im Anschluss ist eine Information der Bürger*innen geplant.

Wie bereits in der Stellungnahme zum Antrag 2024/0266 aus dem Ortschaftsrat Wettersbach vom April 2024 erläutert, ist die benannte Fläche „Untere Kohlplatte“ für den „Regionalplan Erneuerbare Energien Solar“ von der Stadt Karlsruhe als Vorranggebiet für Freiflächensolaranlagen empfohlen worden.

2. Zusammen mit der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur unterstützt die Stadtverwaltung engagierte Bürgerinnen und Bürger bei der Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft, die sich vorrangig um die Anliegen der Höhenstadtteile kümmert und sich zusammen mit den Karlsruher Stadtwerken für die zügige Umsetzung der PV-Freiflächenanlage an der „Unteren Kohlplatte“ einsetzt.

Gesamtstädtische Strategie ist es, grundsätzlich bei jedem PV-Projekt zu prüfen, ob die Umsetzung durch einen externen Betreiber möglich ist. Die Prüfung der Vergabe an Bürgerenergiegenossenschaften (BEG) ist daher Standard und gelebte Praxis.

Das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft, der Umwelt- und Arbeitsschutz und die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) sind in regelmäßigem Austausch mit mehreren Energiegenossenschaften, unter anderem mit der 2022 gegründeten BEnKA – BürgerEnergie Karlsruhe eG.

Die Unterstützung der Gründung einer neuen Energiegenossenschaft für die Höhenstadtteile erscheint aus Sicht der Stadtverwaltung nicht sinnvoll. Vielmehr erscheint es wünschenswert, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger sich in wenigen größeren Genossenschaften, statt in zahlreichen kleineren zusammenschließen, um deren Konkurrenzfähigkeit bei großen Projekten wie Errichtung und Betrieb einer Freiflächenanlage zu gewährleisten.

Die Stadt Karlsruhe hat die Gründung der BEnKA 2022 durch die KEK intensiv begleitet und unterstützt. Der Grund für die Unterstützung bei der Gründung der BEnKa war der politische Wunsch nach einer Karlsruher Bürgerenergiegenossenschaft. Eine solche Unterstützung ist aufgrund der erforderlichen personellen Ressourcen nicht als Standard für Gruppen interessierter Bürger*innen leistbar.

Bislang gehen die Stadtwerke Karlsruhe davon aus, dass sie selbst in das Projekt investieren, sobald eine ausreichend große zusammenhängende Fläche für die PV-Anlage über Pachtverträge mit den Grundstückseigentümer*innen gesichert werden kann. Dabei ist eine Kooperation mit einer BEG, z. B. der BEnKA, möglich.

- 3. Die Stadtverwaltung unterstützt den Genehmigungsprozess zur Umsetzung der PV-Freiflächenanlage proaktiv und informiert das zuständige gemeinderätliche Gremium in regelmäßigen Abständen über den Fortschritt.**

Das Bauordnungsamt als Ansprechpartner des baurechtlichen Genehmigungsverfahrens kann zeitnah beraten, um einen reibungslosen Verlauf des Genehmigungsverfahrens zu ermöglichen. Bei Planungsprozessen im Außenbereich ist eine frühzeitige Einbindung der Umweltbehörden empfehlenswert. Eine Begleitung und Unterstützung im Abstimmungsprozess verwaltungsintern im Genehmigungsverfahren wird zugesagt.

Die regelmäßige Information der gemeinderätlichen Gremien erfolgt seitens der Bauherrschaft.